



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 05.12.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 20:47 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

| | |
|--------------------------|---|
| Alexander Raue | Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Marion Krischok | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) |
| Dr. Bodo Meerheim | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler, Teilnahme bis 20:35 Uhr |
| Dr. Christoph Bergner | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Mämecke |
| Andreas Scholtyssek | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Wolfgang Aldag | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Dr. Inés Brock | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Frau Thomann, Teilnahme bis 18:45 Uhr |
| Hans-Dieter Sondermann | Fraktion MitBürger & Die PARTEI |
| Dr. Silke Burkert | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Martin Bochmann | Sachkundiger Einwohner |
| Jens Breitengraser | Sachkundiger Einwohner |
| Torsten Doege | Sachkundiger Einwohner |
| Torsten Hahnel | Sachkundiger Einwohner |
| Franziska Meusel | Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 20:23 Uhr |
| Dr. Frank D. Steinheimer | Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 20:45 Uhr |

Verwaltung

| | |
|-----------------------|---|
| Oliver Paulsen | Grundsatzreferent |
| Reik Möller | |
| Tobias Teschner | Leiter Fachbereich Sicherheit |
| Kerstin Ruhl-Herpertz | Leiter Fachbereich Umwelt |
| Aloys Tappel | Leiter Fachbereich Einwohnerwesen |
| Manuela Hoßbach | Controllerin Büro des Oberbürgermeisters |
| Reichardt | |
| Daniel Zwick | Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz |
| Martina Beckert | Sachbearbeiterin |
| Sarah Lange | Protokollführerin |

Gäste

| | |
|-----------------|---------------------------------|
| Vinzenz Schwarz | Vorstand Halleschen Verkehrs-AG |
|-----------------|---------------------------------|

Entschuldigt fehlten:

| | |
|----------------------------|---|
| Anja Krimmling-Schoeffler | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) |
| Steve Mämecke | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Beate Thomann | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Dr. Sven Thomas | Fraktion Hauptsache Halle |
| Yana Mark | Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) |
| Anne-Marleen Müller-Bahlke | Sachkundige Einwohnerin |
| Stefan Schulz | Sachkundiger Einwohner |
| Heinz-Jürgen Seilkopf | Sachkundiger Einwohner |

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Burkert bat den Antrag zur Installation von Ampelgriffen auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Bochmann sagte, dass der Antrag seiner Fraktion zur Marktbeurteilung in diesen Ausschuss verwiesen wurde. Er fragte, weshalb dieser nicht auf der Tagesordnung steht.

Herr Paulsen antwortete, dass der Antrag im Januar 2020 in diesem Ausschuss behandelt wird.

Herr Bochmann zog den Änderungsantrag seiner Fraktion TOP 4.3.1 zurück.

Herr Raue bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages (Installation von Ampelgriffen).

Abstimmungsergebnis

2/3 Mehrheit:

einstimmig zugestimmt

Des Weiteren schlug **Herr Raue** vor den TOP 5.4 und den TOP 5.5 gemeinsam zu behandeln.

Frau Dr. Burkert schlug vor den TOP 5.3 und 5.5 ebenfalls gemeinsam zu behandeln.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, **Herr Raue** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2019
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602

- 4.2. Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405
- 4.3. Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436
- 4.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00626 **→ zurückgezogen**
- 4.3.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) (VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00708
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern
Vorlage: VII/2019/00450
- 5.2. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltungssystemen
Vorlage: VII/2019/00478
- . Behandlung TOP 5.7
- 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485
- 5.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431
- 5.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00131
- 5.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“
Vorlage: VII/2019/00463
- 5.8. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491
- 5.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2019

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 14. November 2019, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602**

Herr Teschner, Herr Zwick, Herr Tappel, Frau Ruhl-Herpertz und Herr Paulsen führten anhand einer Präsentation in die Vorlage der Verwaltung ein und begründeten diese.

Dienstleistungszentrum Klimaschutz

Herr Aldag sagte, dass sich im Haushalt Ansätze wiederfinden, die nicht im Klimaschutzkonzept abgebildet sind und andersherum. Er fragte, wie die Verfahrensweise ist. Des Weiteren bezog er sich auf die Fassadenbegrünung und sagte, dass 2019 80.000 Euro im Haushalt eingeplant waren aber eine Umsetzung nicht erfolgt ist. Er fragte, wie diese Maßnahme fortgeführt werden soll, wenn kein Budget im Haushalt eingeplant ist.

Herr Zwick sagte, dass in der beschlossenen Fassadenbegrünungsrichtlinie jährlich 3.000 Euro vorgesehen sind. Es gibt einen Beschluss des Stadtrates, der die Ausdehnung der Themen dieser Richtlinie auf Dachbegrünung und Regenrückhaltung fordert. In diesem Beschluss wurde keine genaue Summe festgelegt. Dennoch soll die Erweiterung der Themen umgesetzt werden. Vorab muss zuerst das Klimaschutzkonzept beschlossen werden.

Fachbereich Umwelt

Frau Krischok fragte, welche konkreten Maßnahmen beim Hochwasserschutz geplant sind. (S. 363)

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass das Hochwasserschutzkonzept, mit den einzelnen Maßnahmen, im Frühjahr 2020 dem Stadtrat vorgelegt wird.

Frau Krischok fragte, ob es neue Erkenntnisse zur Teilfläche des Friedhofes Dörlau gibt.

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Frau Krischok fragte, ob der ungenutzte Teil des Friedhofes Seeben, der als Spielplatz umgebaut werden soll, in der Flächenplanung rausgerechnet wurde. (S. 384)

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok fragte, welche Mittel für die Ruherechtsentschädigung zur Verfügung stehen.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Mittel auf Seite 372, Ziffer 5 zu finden sind.

Frau Krischok fragte, welche Maßnahmen für die Ehrengräber in 2019 erfolgten. Sie bat um Auflistung der einzelnen Kosten.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok bezog sich auf den Stellenplan Teamleiter/in Bäume. Sie fragte, weshalb diese Stelle bis zum 31.12.2020 gesperrt ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass dies Teil der Konsolidierungsüberlegung ist. Die Stelleninhaberin übernimmt derzeit die amtierende Stelle des Abteilungsleiters wahr.

Frau Krischok fragte, weshalb die Stelle Meister/in in Berufsausbildung weggefallen ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortet, dass es neue Überlegungen zur Gärtnerausbildung gibt. Diese müssen noch mit dem Fachbereich Personal abgestimmt werden.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass die Fragen zum Haushalt zentral gesammelt werden und in einem Fragenkatalog in Session hinterlegt sind.

Frau Dr. Burkert fragte, weshalb für die Sicherstellung der öffentlichen Abfallentsorgung 80.000 Euro weniger als im letzten Jahr eingestellt sind. (S 346, 1.53701.01)

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Burkert fragte, weshalb der Planansatz für die Erhaltung des Baumbestandes um 350.000 Euro reduziert wurde. (S. 366)

Herr Paulsen antwortete, dass die entsprechenden Einnahmen nicht generiert werden konnten.

Frau Dr. Brock merkte an, dass es einen Beschluss zur Fortschreibung des Planansatzes für diese Position gibt.

Herr Paulsen sagte, dass jeder Haushaltsplan jährlich neu aufgestellt werden muss. Für eine Ansatzserhöhung können die Fraktionen Änderungsanträge einbringen.

Herr Dr. Meerheim fragte, weshalb der ursprüngliche Planungsansatz zur Abfallentsorgung im Haushaltsplan 2019 um 400.000 Euro gestiegen ist. (S. 347, Zeile 4)

Frau Ruhl Herpertz antwortete, dass nach Benutzungskriterien des KAG-LSA kalkuliert werden muss.

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem vorläufigen IST 2019 für die Leistungsentgelte und die Aufwendungen der Abfallentsorgung. (S. 347)

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Burkert fragte, welche Wasserspielanlagen aufgrund der Reduzierung des Planansatzes im kommenden Jahr betrieben werden können. (S. 370)

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Brunnenlaufzeiten verkürzt werden.

Frau Dr. Burkert fragte, weshalb 2020 40.000 Euro weniger als 2019 in der Bewirtschaftung und Pflege des Waldbestandes angesetzt wurden. (S. 373, 1.55501.01)

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Aldag fragte, wie die Grünflächen, Parkanlagen und Grünflächenpflege kalkuliert sind.

Herr Paulsen antwortete, dass eine nachvollziehbare Kalkulation in der Grünflächenpflegekonzeption abgebildet sein wird. Diese wird im Ausschuss zeitnah eingebracht.

Herr Aldag fragte, wie derzeit die Grünflächenpflege in der Stadt kalkuliert ist.

Herr Paulsen antwortete, dass versucht wird, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen.

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem vorläufigen IST 2019 für die Leistungsentgelte im Friedhofs- und Bestattungswesen. (S. 371)

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Fachbereich Sicherheit

Frau Dr. Brock fragte, wie sich die Tatsache erklärt, dass nach Rechnungsergebnis 2018 sonstige ordentliche Erträge in Höhe von ca. 5,3 Mio. Euro zu verzeichnen sind, der Planansatz für 2020 allerdings ca. 900.000 Euro geringer ausfällt (S. 219)

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf produktweise Behandlung des Haushaltes.

Herr Paulsen verwies auf die Geschäftsordnung, dass es einen solchen Geschäftsordnungsantrag nicht gibt.

Herr Scholtyssek fragte, wie die Überwachung im ruhenden Verkehr um 100.000 Euro zunehmen kann. (S. 217)

Herr Teschner antwortete, dass das Sanktionieren auch zu den Tätigkeiten des Vollzugsdienstes gehört.

Herr Scholtyssek fragte nach dem Unterscheid zwischen dem Vollzugsdienst und den Politessen.

Herr Teschner antwortete, dass Politessen ahnden schwerpunktmäßig Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr. Der Vollzugsdienst zeigt Präsenz, setzt die gesamte Bandbreite des Ordnungsrechtes durch und sanktioniert, im ruhenden Verkehr als auch in allgemeinen Ordnungswidrigkeiten.

Herr Scholtyssek bat um das aktuelle IST 2019. (S. 217)

Herr Teschner informierte, dass das IST mit Stand 3.12.2019 wie folgt lautet: Überwachung des ruhenden Verkehrs: 2.168.452,95 Euro, Überwachung des fließenden Verkehrs: 873.680,57 Euro, Verwarn- und Bußgelder: 1.224.355,28 Euro

Herr Dr. Bergner fragte, ob davon ausgegangen wird, dass eine lineare Korrelation zwischen der Zahl der Bediensteten im Vollzug und den entsprechenden Sanktionseinnahmen gibt.

Herr Teschner antwortete, dass im Ansatz davon ausgegangen wird.

Frau Krischok bezog sich auf den Wegfall der Personalstelle Referentin Ordnung und Sicherheit und fragte, wer diesen Aufgabenbereich künftig übernehmen wird.

Herr Teschner antwortete, dass der Fachbereich Sicherheit die Aufgaben übernimmt.

Herr Moeller ergänzte, dass er einen Teil der Aufgaben mit übernommen hat.

Frau Krischok bezog sich auf die Änderung der Personalstelle Teamleiter Fließender Verkehr und fragte, wo die Personalstelle SB Einsatz/Organisation/Innendienst im Stellenplan abgebildet ist. (S. 1390)

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu

Frau Krischok bezog sich auf die Änderung Verwaltungsvollzugsbeamte/-r und fragte, wo die Personalstelle Dispatcher/-in Funkzentrale im Stellenplan abgebildet ist. (S. 1394)

Herr Moeller antwortete, dass 9 Stellen (E 9a) auf der Seite 1344 zu finden sind.

Frau Krischok fragte, weshalb ein Zuschuss von 51.000 Euro im Bereich Verwarn- und Bußgelder notwendig ist. (S.217)

Herr Teschner antwortete, dass es eine Wertveränderung (Stundung en, Niederschlagungen und Erlass) im Umlaufvermögen gab.

Frau Krischok fragte, weshalb die Kennzahlen des Produktes 1.12201 nicht geändert wurden. (S. 218)

Herr Teschner antwortete, dass die Kennzahlen noch angepasst werden.

Frau Krischok fragte, wie viele Maßnahmen durchgeführt wurden. (S. 222)

Herr Teschner antwortete, dass dieses Jahr 41 Maßnahmen durchgeführt wurden.

Frau Krischok fragte, weshalb die sonstigen Auszahlungen geringer werden. (S. 225)

Herr Teschner antwortete, dass Sachverständige- und Gutachterkosten entfallen.

Fachbereich Einwohnerwesen

Frau Krischok fragte nach dem zu erwartenden IST für die Material- und Verarbeitungskosten je Veröffentlichung. (S. 308)

Frau Beckert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok fragte, welche sonstige Wahlen und Abstimmungen für 2020 zu erwarten sind. (S. 310)

Frau Beckert antwortete, dass die durchschnittlichen Personalkosten automatisch auf jede Wahl verteilt werden.

Frau Krischok fragte, weshalb die Kennzahlen geringer als das IST für 2018 ausfallen. Weiterhin bat sie um das vorläufige IST für 2019. (S. 321)

Frau Beckert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok fragte, weshalb für 2020 viel weniger für die privatrechtlichen Leistungsentgelte geplant wurde. (S. 327, Zeile 5 und 13)

Frau Beckert antwortete, dass 2020 keine Wahlen stattfinden.

Frau Krischok fragte, wie hoch der geplante Betrag für die Klimatisierung beträgt. (S. 330)

Frau Beckert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok sagte, dass die Beschaffung von Büroausstattungen für 12 neue Beschäftigte im Zuge der Personalaufstockung realisiert werden soll. Sie fragte, wo die neuen Beschäftigten im Stellenplan zu finden sind. (S. 333)

Herr Tappel sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok sagte, dass die Stelle Sachbearbeiter Staatsangehörigkeitswesen unter der Struktur 117 mit der Entgeltgruppe E 7 abgebildet ist. Im Bereich Einwohnerwesen scheint dieselbe Stelle mit der Entgeltgruppe 9a zu stehen. Sie fragte, ob es während der ATZ eine Änderung der Entgeltgruppe geben kann. (S. 1350)

Herr Tappel sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Marktwesen

Frau Krischok bezog sich auf den Wochenmarkt Vogelweide. Sie fragte, weshalb der Zuschuss steigt. (S. 727)

Herr Reichardt antwortete, dass der Personalschlüssel noch angepasst werden muss.

Frau Krischok fragte, worin die Gründe liegen, dass die Märkte nicht Kostendeckend sind.

Herr Reichardt antwortete, dass man die Kostendeckung noch nicht betrachtet werden kann, da erst Ende 2020 eine Bilanz gezogen wird.

Herr Scholtyssek fragte, ob die ausstehenden 15 Änderungen zum Haushalt diesen Zuschuss betreffen.

Herr Möller verneinte dies.

Frau Dr. Brock stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Paulsen führte eine Gegenrede.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

zu 4.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den
Beteiligungsbericht 2018**
Vorlage: VII/2019/00602

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit dem Haushaltsplan 2020.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

zu 4.2 **Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der
Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00405

Herr Aldag sagte, dass keine konkreten Ziele und Maßnahmen im Konzept formuliert sind. Er äußerte seinen Unmut, dass der Fragekatalog nicht beantwortet wurde.

Herr Paulsen verwies auf die Geschäftsordnung und sagte, dass schriftliche eingereichte mündliche Anfragen im Ausschuss vorgetragen werden müssen. Konkrete Änderungsanträge oder Hinweise sind sinnvoller.

Herr Dr. Meerheim verwies auf den kurzfristig eingebrachte Beschlussvorlage zum Haushalt.

Frau Dr. Brock schlug vor, die Beschlussvorlage zu vertagen und auf die schriftliche Beantwortung der Fragen zu warten.

Frau Dr. Burkert regte eine Sondersitzung zur Behandlung des Klimaschutzkonzeptes an.

Herr Paulsen sagte, dass das nicht notwendig ist. Wenn die Fragen beantwortet werden soll, müssen diese entweder mündlich vorgetragen oder als schriftliche Anfrage eingebracht werden.

Herr Dr. Meerheim kündigte weitere Fragen an.

Herr Scholtyssek fragte, ob die finanziellen Auswirkungen in der Beschlussvorlage noch angepasst werden und ob der Punkt 1 im Beschlussvorschlag noch realitätsnah umformuliert wird.

Herr Paulsen antwortete, dass der Beschlusstext nicht verändert wird. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass die Beschließung der Konzeption keine finanziellen Auswirkungen hat.

Herr Aldag stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **einstimmig zugestimmt**

**zu 4.2 Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) nimmt ihre Verantwortung für die Rettung des Weltklimas auf kommunaler Ebene an und wird alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die wissenschaftlich belegte globale Erderwärmung so gering wie möglich zu halten.
2. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
4. Dem Stadtrat wird im Zweijahresrhythmus mit einer Informationsvorlage der Umsetzungsstand der Maßnahmen berichtet.
5. Eine Evaluation und Konzeptfortschreibung soll im Jahr 2024 erfolgen.
6. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind bei allen städtischen Vorhaben prioritär zu berücksichtigen. Der Stadtrat fordert die städtischen Tochterunternehmen auf, auch im Rahmen ihrer Geschäftspolitik diese Themen zu bearbeiten und die Stadt bei ihrem Wirken für einen nachhaltigen Klimaschutz zu unterstützen.

**zu 4.3 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436**

**zu 4.3.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
(VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00708**

Frau Dr. Burkert brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Meerheim fragte, wo die Mehrkosten im Haushalt zu finden wären, wenn der Beschlusspunkt 1 beschlossen wird.

Herr Roesler antwortete, dass 500.000 Euro für die Einführung der kostenlosen Schülerbeförderung im Haushalt vorgesehen sind.

Herr Dr. Meerheim fragte, in welchem Produkt das abgebildet ist.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele Straßen zur Umsetzung des 10-Minuten-Taktes und der kostenlosen Schülerbeförderung mehr benötigt werden.

Die Ausschusssmitglieder erteilten für Herrn Schwarz, HAVAG, das Rederecht.

Herr Schwarz antwortete, dass die Ausführungen in Punkt 4 der Anlage der Beschlussvorlage wiederzufinden sind.

Herr Doege fragte, ob das Aufstockerticket der School Card mit einkalkuliert wurde.

Herr Schwarz bejahte dies.

Herr Dr. Bergner bat um Erklärung, weshalb die Stadtverwaltung von dem Alternativvorschlag zu einem Sammelvorschlag übergegangen ist.

Herr Scholtyssek sagte, dass Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht sinnvoll sind. Er fragte, ob das Abonnement bei der Ausführung des Vorschlages zum ticketfreien Citytag am Samstag reduziert wird.

Herr Roesler antwortete, dass der Ticketfreie Citytag nicht mehr in der Beschlussvorlage aufgeführt ist.

Herr Raue beantragte EinzelpunktAbstimmung und um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 4.3.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) (VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00708**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

~~Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der EinzelpunktAbstimmung eine der nachfolgenden Varianten:~~

- ~~a) ——— Kostenloses Schülerticket,~~
- ~~b) ——— Ticketfreier City-Tag,~~

- c) ~~365-Euro-Ticket (Wiener Modell),~~
- d) ~~10-Minuten-Grundtakt oder~~
- e) ~~Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis~~
- f) ~~Sozialticket~~

Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.

1. Die Stadt Halle (Saale) führt ein kostenloses Schülerticket schrittweise durch eine Preisabsenkung bis zur Kostenfreiheit ab dem Schuljahr 2020/2021 über einen Zeitraum von 3 Jahren ein.
2. Die Stadt Halle (Saale) führt einen 10-Minuten-Grundtakt ab dem 01.08.2024 ein. Vor diesem Hintergrund ist ein Konzept zur Realisierung eines 10-Minuten-Grundtaktes im Bereich Straßenbahn (infrastrukturell und fahrzeugseitig) zu entwickeln und die Maßnahmen zur Umsetzung aufzuzeigen.
3. **Die Stadt Halle (Saale) führt ab dem 01.08.2024 ein Sozialticket ein. Dafür entwickelt die HAVAG ein Konzept, dass die technischen, sächlichen und personellen Voraussetzungen (Aufbau der Systemarchitektur, Anpassungen der Schnittstellen, Einführung des elektronischen Ticketings, Personalbedarf, Betriebskosten usw.) aufzeigt.**
34. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur **Sitzung des Stadtrates** im Januar 2021 einen Plan zur Einführung eines 365-Euro-Tickets vorzulegen.
4. ~~Ab dem Jahr 2025 ist eine durchschnittliche Fahrzeugauslastung von maximal 60 % zugrunde zu legen. Dies ist in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Halle (Saale) so festzulegen.~~
5. Zur Gegenfinanzierung der Attraktivierungsmaßnahmen im ÖPNV können u.a. folgende Ansätze geprüft werden:
 - a. Einführung einer Abgabe für Übernachtungsgäste
 - b. Einführung einer City-Maut
 - c. Rechtliche Prüfung und Einführung einer Mobilitätsabgabe für Arbeitgeber ab 10 Mitarbeitern
 - d. Anhebung der Gebühren für öffentliches Parken. Hierzu sind intensiver Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt zu führen und die Forderung der Stadt Halle (Saale) zu vertreten, dass Kommunen in diesem Bereich Flexibilität benötigen.
 - e. Gemäßigte Anhebung der Preise als Einzelfahrscheine sowie Wochenkarten.

Herr Raue bat um EinzelpunktAbstimmung der so geänderten Beschlussvorlage.

zu 4.3 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436

Punkt 1

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt2

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 3

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 4

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 5

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der Einzelpunkt abstimmung eine der nachfolgenden Varianten:

- a) ~~————~~ Kostenloses Schülerticket,
- b) ~~————~~ Ticketfreier City-Tag,
- c) ~~————~~ 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),
- d) ~~————~~ 10-Minuten-Grundtakt oder
- e) ~~————~~ Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis
- f) ~~————~~ **Sozialticket**

Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.

1. Die Stadt Halle (Saale) führt ein kostenloses Schülerticket schrittweise durch eine Preisabsenkung bis zur Kostenfreiheit ab dem Schuljahr 2020/2021 über einen Zeitraum von 3 Jahren ein.
2. Die Stadt Halle (Saale) führt einen 10-Minuten-Grundtakt ab dem 01.08.2024 ein. Vor diesem Hintergrund ist ein Konzept zur Realisierung eines 10-Minuten-Grundtaktes im Bereich Straßenbahn (infrastrukturell und fahrzeugseitig) zu entwickeln und die Maßnahmen zur Umsetzung aufzuzeigen.
3. **Die Stadt Halle (Saale) führt ab dem 01.08.2024 ein Sozialticket ein. Dafür entwickelt die HAVAG ein Konzept, dass die technischen, sächlichen und personellen Voraussetzungen (Aufbau der Systemarchitektur, Anpassungen der Schnittstellen, Einführung des elektronischen Ticketings, Personalbedarf, Betriebskosten usw.) aufzeigt.**
34. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur **Sitzung des Stadtrates im Januar 2021** einen Plan zur Einführung eines 365-Euro-Tickets vorzulegen.
4. ~~Ab dem Jahr 2025 ist eine durchschnittliche Fahrzeugauslastung von maximal 60 % zugrunde zu legen. Dies ist in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Halle (Saale) so festzulegen.~~

5. Zur Gegenfinanzierung der Attraktivierungsmaßnahmen im ÖPNV können u.a. folgende Ansätze geprüft werden:
- a. Einführung einer Abgabe für Übernachtungsgäste
 - b. Einführung einer City-Maut
 - c. Rechtliche Prüfung und Einführung einer Mobilitätsabgabe für Arbeitgeber ab 10 Mitarbeitern
 - d. Anhebung der Gebühren für öffentliches Parken. Hierzu sind intensiver Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt zu führen und die Forderung der Stadt Halle (Saale) zu vertreten, dass Kommunen in diesem Bereich Flexibilität benötigen.
 - e. Gemäßigte Anhebung der Preise als Einzelfahrscheine sowie Wochenkarten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern Vorlage: VII/2019/00450

Herr Raue fragte, wer für die Sicherheit der Badenden zuständig sein wird.

Herr Paulsen antwortete, dass bei der Errichtung neuer Badebereiche die Stadtverwaltung für die Sicherheit der Schwimmerinnen und Schwimmer als auch für die Qualität des Wassers verantwortlich ist. Das kann die Stadtverwaltung nicht sicherstellen.

Herr Scholtyssek fragte, was für ein Bereich an der Ziegelwiese vorzufinden ist

Herr Paulsen antwortete, dass es sich dabei um ein Strandbereich handelt. In diesem Bereich wird vom Baden abgeraten.

Herr Scholtyssek bat um eine Auflistung der Ordnungswidrigkeit zum illegalen Baden, die in diesem Bereich im Jahr 2019 festgestellt werden konnten.

Herr Paulsen sagte, dass es sich um keine Ordnungswidrigkeit handelt. Das Baden wird auf eigene Gefahr geduldet.

Herr Dr. Steinheimer plädierte das Dulden beizubehalten.

Herr Scholtyssek stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

zu 5.1 Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern Vorlage: VII/2019/00450

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo sich konkrete potenzielle Badestellen entlang der Saale und der Weißen Elster befinden und Flussbaden ermöglicht werden kann.

Umwelt- und Naturschutzverbände sowie anliegende Vereine und Stadtteilinitiativen, wie zum Beispiel der Saaleschwimmer Halle e.V. und das Forum Silberhöhe, sollen bei der Prüfung mit eingebunden und um Vorschläge gebeten werden. Mögliche Badestellen sind durch Wasserrettungsdienste, wie zum Beispiel des DRK Wasserrettungsdienst Halle/Saale e. V., zu bewerten.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321**

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Scholtyssek stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da der Antragssteller an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen konnte.

Herr Scholtyssek stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Festgelände am Gimritzer Damm unter Inanspruchnahme der Fläche der ehemaligen Eissporthalle erweitert **und entsiegelt** werden kann.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00478**

**zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“
Vorlage: VII/2019/00463**

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Bergner merkte an, dass sich das Anliegen des Antrages im Dürreschutzkonzept widerspiegelt. Er regte an, dass das Anliegen im Rahmen des Dürreschutzkonzeptes berücksichtigt wird.

Herr Doege merkte an, dass sich die angedeutete Doppelnutzung im Antrag widerspricht.

Herr Aldag sagte, dass eine individuelle Betrachtung bei jedem Bauprojekt erfolgen muss.

Herr Paulsen sagte, dass diese Betrachtung Teil des Prüfauftrages ist

Frau Ruhl-Herpertz sagte, wenn der Antrag TOP 5.7 eine aktive Bewirtschaftung verfolgt, dann stellt das eine neue freiwillige Aufgabe dar, die durch die Stadtverwaltung nicht geleistet werden kann.

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Aufgabe beim Grundstückseigentümer liegt.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass der Punkt 2 des Antrages TOP 5.7 unzulässig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages TOP 5.3.

zu 5.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen**
Vorlage: VII/2019/00478

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei geeigneten städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben künftig obligatorisch den Einbau von Regenwasserrückhaltesystemen zu prüfen und das Prüfergebnis im Rahmen der Behandlung der Baubeschlussvorlagen mitzuteilen.

zu 5.7 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“**
Vorlage: VII/2019/00463

Punkt 1

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

enthalten

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig abgelehnt

Punkt 3

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein neues Strategiefeld „Nachhaltiges Regenwassermanagement“ konzeptionell zu entwickeln und in Verwaltungshandeln umzusetzen.
- ~~2. Im Rahmen der Entwicklung des neuen Strategiefeldes sollen Checklisten zu oberirdischen Rückhaltesystemen (Regenrückhaltebecken) und unterirdischen Möglichkeiten der Regenwasserversickerung (Versickerbecken und Rigolen) oder kombinierte Verfahren (Mulden-Rigolensysteme) mit direktem Anschluss an die Dachentwässerung und Flächenentwässerung für jeden Bebauungsplan/jedes Bebauungsplanverfahren sowie jedes Baugenehmigungsverfahren (analog zu den vorhandenen Checklisten für Barrierefreie Gestaltung von Verkehrsanlagen oder der Familienverträglichkeitsprüfung für Bauvorhaben) implementiert werden.~~
3. Die personellen und finanziellen Auswirkungen sind dem Stadtrat bis zur Sitzung im März ~~2020~~ 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485**

**zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431**

Herr Bochmann brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung empfiehlt den Antrag TOP 5.4 anzunehmen und den Antrag TOP 5.5 abzulehnen, da es nicht sinnvoll ist, vor der Überarbeitung schon konkrete Änderungen abzustimmen.

Frau Ruhl-Herpertz ergänzte, dass derzeit ein Schreiben für die Stadtratsfraktionen vorbereitet wird, um den Erstentwurf den Fraktionen zukommen zu lassen.

Herr Aldag regte an auch die Bürgerinnen und Bürger mit zu beteiligen. Des Weiteren führte er an, dass folgende Aspekte beachtet werden sollte: die Baumarten, Betrachtung der Zeiträume von Baumfällungen und Ersatzpflanzungen und Art und Umfang der Ersatzpflanzungen.

Herr Paulsen fragte, ob die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind, dass zuerst eine interne Überarbeitung der Satzung stattfindet, bevor eine Bürgerbeteiligung eingeräumt wird.

Es gab keinen Widerspruch.

Herr Scholtyssek regte eine Vertagung bis zur Vorlage einer geänderten Baumschutzsatzung an.

Herr Doege fragte, wie der aktuelle Rechtsstand zur Robinie ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass der rechtliche Schutz in Bearbeitung ist.

Herr Raue schlug vor, über den Antrag TOP 5.4 abzustimmen und den Antrag TOP 5.5 zu vertagen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung beider Anträge.

zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der veränderten klimatischen Bedingungen zu überarbeiten und dem Stadtrat bis Februar 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Baumschutzsatzung Halle (Saale) mit dem Stand 21.12.2011 wie folgt zu ändern:

1) § 1 Satz 2 wird wie folgt erweitert:

Ziel dieser Satzung ist **die Erweiterung des Baumbestandes in der Stadt Halle, die Anpassung an die Bedingungen des Klimawandels zur** Sicherung einer nachhaltigen, weitgehend natürlichen, möglichst ungestörten Entwicklung des Baumbestandes, einschließlich eines arttypischen Wurzel- und Kronenaufbaus, im städtischen Bebauungszusammenhang und Freiraum.

2) § 3 Ziff. 4 wird wie folgt ersetzt:

Geschützt sind **alle Bäume, auch die** der Arten bzw. Hybriden und Zuchtformen: Eschenahorn (*Acer negundo*), Robinie (*Robinia pseudoacacia*) und Pappel.

3) § 9 Ziff. 1, Abs. 2 wird wie folgt erweitert:

Bei der Festlegung der Ersatzpflanzung sind **Zuschläge** unter Berücksichtigung der Eigenschaften des zu fällenden Baumes im Vergleich zu denen des vorgesehenen Ersatzbaumes **vorzunehmen**, insbesondere wegen abweichender Wuchseigenschaften, wie Kronenhöhe, -breite oder -volumen, Zustand und Alter des zu fällenden Baumes und sonstiger naturschutzfachlicher Werte. Die Regelungen des §15 (2) BNatSchG gelten sinngemäß.

4) § 9 Ziff. 2 wird wie folgt im ersten Satz erweitert:

Von der Festlegung, Ersatzpflanzungen zur Kompensation der Bestandsminderung vorzunehmen, **ist auch dann nicht** abzusehen, wenn der zu fällende Baum nur noch eine geringe oder keine Restlebensdauer erwarten lässt.

5) § 9 Ziff. 5 wird wie folgt erweitert:

Wird unter Verstoß gegen ein Verbot nach § 6 ein Baum geschädigt, **wird** der Verursacher verpflichtet, geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen zur Erhaltung des Baumes durchzuführen bzw. zu veranlassen. Ist dies nicht möglich oder nicht verhältnismäßig, **werden** Ersatzpflanzungen **in mindestens dreifacher Höhe** der Bestandsminderung i.S. von Absatz 1 bis 3 festgesetzt.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00131**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, nach „zu finden:“ ein „z.B.“ zu ergänzen.

Frau Dr. Burkert übernahm die Änderung.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Ruhl-Herpertz ergänzte, dass sich die Investitionskosten für die ersten fünf genannten Anlagen auf 145.000 Euro belaufen und monatlich circa 3.000 bis 5.000 Euro Unterhaltungskosten pro Anlage anfallen würden. (Prüfung durch HWS)

Herr Scholtyssek fragte, ob es statische Erfassungen gibt, wann die zwei bestehenden Trinkbrunnen in Betrieb sind. De Weiteren fragte er, wer die Kosten übernimmt, wenn keine Spenden eingeworben werden können.

Herr Raue gab zu Bedenken, Wasser, als knappe Ressource, völlig kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Herr Paulsen regte an, dass der Antrag im Rahmen der Haushaltsberatung mit betrachtet werden sollte und schlug vor den Antrag daher zu vertagen oder umzuformulieren.

Frau Dr. Burkert stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

zu 5.6 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet**
Vorlage: VII/2019/00131

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in folgenden Gebieten in der Stadt Halle (Saale) geeignete Standorte für die Installation weiterer Trinkbrunnen zu finden: **z.B.** Ziegelwiese, Würfelwiese, Pestalozzipark, Anhalter Platz, Parkplatz Waldkater/Am Heiderand, **Bereich Neustädter Passage/Skatepark.**
- 2) Der Stadtrat soll über die zu erwartenden Bau- und Betriebskosten für die Trinkbrunnen informiert werden.
- 3) Gemeinsam mit den Stadtwerken Halle sollen an den entsprechenden Standorten in den nächsten zwei Jahren (ab Beschlussfassung) Trinkbrunnen aufgestellt werden.
- 4) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Finanzierung der Installation sowie dem Betrieb der Trinkbrunnen neben den Stadtwerken bzw. der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH möglichst Sponsoren zu finden.

zu 5.8 **Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung**
Vorlage: VII/2019/00491

Herr Aldag sagte, dass eine Wasserumleitung vom Osendorfer See in den Hufeisensee nicht umsetzbar ist.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Raue bat um Abstimmung des Antrages

zu 5.8 **Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung**
Vorlage: VII/2019/00491

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt wird beauftrag ein Konzept zu erstellen, wie Wasser in den Hufeisensee und den Posthornteich über Gräben oder Leitungen für den Bedarfsfall zugeleitet werden kann.

2. Das Konzept ist dem Stadtrat im Januar 2019 vorzulegen.

zu 5.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987

Herr Paulsen sagte, dass auch dieser Antrag im Zuge der Haushaltsdebatte behandelt werden sollte. Des Weiteren ist eine finanzielle Deckung nicht angegeben.

Herr Meerheim bat die Verwaltung, die Kosten für die Installation zu kalkulieren.

Herr Paulsen sagte, dass ein Ampelgriff 350 Euro kosten würde.

Frau Dr. Burkert stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

zu 5.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, insbesondere an den Hauptrouten des halleschen Radverkehrs (wie Merseburger Straße, Trothaer Straße-Reilstraße-Bernburger Straße-Geiststraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Magdeburger Straße, Magistrale, Dessauer Straße-Paracelsusstraße, Delitzscher Straße usw.) bis zum 31.12.2020 die Ampeln, an denen es möglich ist, sukzessive mit sogenannten Ampelgriffen auszustatten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten liegen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Energiebericht 2019
Vorlage: VII/2019/00195

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

zu 7.2 Information zur Wasserentnahme

Herr Johannemann informierte anhand einer Präsentation über die Wasserentnahme im Stadtgebiet.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Baumfällliste

Die Baumfällliste ist in Session hinterlegt.

Herr Aldag merkte an, dass die Liste über künftige Fällungen informieren sollte.

Herr Paulsen sagte, dass die konkreten Datumsangaben der Fällungen nicht bekannt sind.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Doege zu Fahrradstellplätzen am Hauptbahnhof

Herr Doege stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zu Fahrradstellplätzen am Hauptbahnhof:

1. Eine Vielzahl von Fahrradstellplätzen am Hbf. Halle (Saale) wird von „Fahrradleichen“ blockiert, teilweise sind diese Räder bereits seit langem vom Ordnungsamt markiert.
 - a. Wie viele Räder hat das Ordnungsamt seit 2014 am Hbf. Halle (Saale) bereits entfernt?
 - b. Wie stellt sich das Verfahren dar d.h. Sichtung, Feststellung und Entfernung der Räder durch das Ordnungsamt?

Herr Teschner antwortete, dass im Rahmen der Streifenfahrräder oder durch Hinweise Schrottfahrräder festgestellt werden. Diese werden mit einem gelben Zettel markiert. Der Eigentümer hat ab diesem Zeitpunkt 4 Wochen Zeit, dieses Fahrrad selbst zu entfernen. Wenn bei einer Nachkontrolle nach 4 Wochen festgestellt wird, dass das Fahrrad noch da ist, wird es entfernt und für ein halbes Jahr eingelagert.

Eine statistische Erfassung erfolgte seit dem 01.01.2016. Seit dem wurden 82 Fahrräder entfernt.

zu 8.2 Herr Doege zum Fahrradfahrverbot Leipziger Str./Marktplatz

Herr Doege stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zum Fahrradfahrverbot Leipziger Str./Marktplatz:

1. Das Fahrradfahrverbot in der Leipziger Str. und auf dem Marktplatz wird mittlerweile in der Sperrzeit komplett ignoriert.
 - a. Wie beurteilen Ordnungsamt und Polizei die Situation?
 - b. Wie viele Ordnungswidrigkeiten haben Ordnungsamt und Polizei seit 2014 in der Fußgängerzone (Marktplatz und Leipziger Str.) festgestellt und geahndet?

Herr Teschner antwortete, dass die Zuständigkeit bei der Polizei liegt.

zu 8.3 Frau Dr. Burkert zum Trinkerverhalten

Frau Dr. Burkert sagte, dass sich Anwohnerinnen und Anwohner zunehmend über die Trinkerszene am EDEKA-Markt in der Silberhöhe (Wittenberger Str.) beklagen. Sie fragte, ob die Situation der Stadtverwaltung bekannt ist und wenn ja, welche Schritte dagegen unternommen werden. Sie regte eine Einrichtung einer Alkoholverbotszone an.

Herr Teschner antwortete, dass der Stadtverwaltung die dortige Situation bekannt ist. Der Bereich wird regelmäßig bestreift. Des Weiteren sagte er, dass der Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum nicht verboten ist.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin